

sie im Herrlinger Landschulheim und ermunterte ihre Freundin *Ruth* als Lehrerin für Fremdsprachen dorthin zu kommen. Die weitsichtige *Anna Essinger* erkannte sehr schnell die Gefahr, die von den neuen Macht-habern für jüdische Mitbürger*innen ausging und überführte ihre reformpädagogische Einrichtung nach England (Grafschaft Kent, England). In Bunce Court, genannt „New Herrlingen School“, erteilte *Ruth Bang* Sprachenunterricht und übernahm zudem täglich anfallende Arbeiten in Haus und Garten (Schachne 1986).

Nach zwei Jahren kehrte sie nach Berlin zurück und rief ein eigenes Kinderheim ins Leben. Dieses nahm traumatisierte jüdische Jungen und Mädchen auf, deren Eltern ins Ausland flüchten und ihre Kinder alleine zurück lassen mussten. Bald wurde die soziale Einrichtung von den Nazis zerstört und die Heimleiterin in eine Marmeladenfabrik dienstverpflichtet. In den folgenden Jahren ereilten schwere Schicksals-schläge *Ruth Bang*. Der als Luftwaffenhelper verpflichtete Sohn *Klaus* wurde 1942 im Alter von 16 Jahren von einer Bombe getötet und Stiefsohn *Herbert* starb an einer Magenkrankheit an der Front in Russland. Nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur engagierte sie sich politisch zuerst in der KPD, wechselte dann jedoch zur SPD und wurde Mitglied der 1946 in Hannover neu gegründeten „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO) (Ludwig-Körner 2020, S. 174). Als 1948 im Auftrag der Berliner Stadträtin *Erna Maraun* (Berger 1998, S. 382 f.) am „Institut für Psychotherapie e.V.“ eine Ausbildungseinrichtung für „Kinderpsychotherapie“ ins Leben gerufen wurde (Boehm 1952, S. 65 ff.), entschied sich *Ruth Bang* für den neuen Berufszweig, den anfänglich nur Frauen ergriffen. Anschließend arbeitete sie als Psychagogin in der Familienberatungsstelle des renommierten Berliner „Pestalozzi-Fröhbel-Hauses“. Im Jahr 1951 gründete sie zusammen mit ihren Studienkommilitoninnen die „Vereinigung Berliner Psychagoginnen e.V.“. Diese kooperierte bald mit den neu hinzukommenden Ausbildungsinstitu-tionen in Stuttgart, Heidelberg und Hannover, um berufsständische Interessen zu bündeln und zu artikulieren. Bis April 1953 war *Ruth Bang* 1. Vorsitzende des Interessenverbandes (Ludwig-Körner 2020, S. 172 ff.).

Um 1950 absolvierte sie verschiedene Casework-Ausbildungskurse, die vom Hauptausschuss der AWO in Kooperation mit dem „Unitarian Service Committee

Impffragen

„Covid-Impfungen für Pflegekräfte und Sozialarbeiter gestartet“ – die Titelzeile springt mir im Ergebnis der Web-Recherche sofort entgegen. Beim genaueren Lesen wird deutlich: Es geht nicht um Deutschland, sondern um eine Meldung des Slowakischen Rundfunks, der über den Impfstart am 4. Januar (!) für diese Berufsgruppen berichtet. „Laut dem Gesundheitsministerium seien Mitarbeiter von Pflegeheimen und Sozialarbeiter aufgrund ihres Berufsrisikos eine weitere bevorzugte Gruppe für frühzeitige Impfungen“, heißt es in der Meldung weiter.

Der kurze Online-Artikel lässt aus Sicht von Sozialarbeiter*innen in Deutschland aufhorchen – und damit meine ich nicht die offenkundige Immunität gegen gendergerechte Sprache. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die Verantwortlichen in der Slowakei dem Berufsfeld der Sozialen Arbeit eine dem Gesundheits- und Pflegesektor gleiche Gefährdung und Dringlichkeit in der Impfreihenfolge zumessen.

Auch in Deutschland sind die in der Sozialen Arbeit Tätigen seit Beginn der Pandemie besonderen Gefahren ausgesetzt – Home Office ist für sie meist kein Thema, und kann es auch nicht sein, weil die Arbeit mit den Klient*innen, insbesondere in der Not- und Krisenintervention, den direkten Kontakt erfordert. Social Distancing – unmöglich. Trotz dieser Gefährdung und dieses besonderen persönlichen Einsatzes ist die frühzeitige Impfmöglichkeit für Sozialarbeiter*innen hierzulande bisher kein Thema. Fehlt es an einer entsprechend lauten Berufslobby? Oder sind es objektive Gründe, wie vielleicht die Anzahl der Kontakte, die bei den jetzt im Vordergrund stehenden Gruppen der Lehrkräfte und Erzieher*innen wohl deutlich höher ist als in der Sozialen Arbeit? Es sind schwierige politische und ethische Entscheidungen, die jetzt in der Impfphase dieser Pandemie zu treffen sind – immerhin gut, dass Impfstoffe deutlich früher entwickelt wurden als es noch vor einem Jahr für möglich gehalten wurde.

Impfstatus hin oder her: Den Sozialarbeiter*innen gebührt nicht nur großer Dank für ihren oft gefährvollen Einsatz, sondern auch größere öffentliche Anerkennung, die sich in konkreten Verbesserungen für sie ausdrücken muss.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de